

Unterwegs im Karussell

Andreas Treichl, Chef der größten heimischen Bankengruppe holt zum Rundumschlag aus. Politiker hätte keine Ahnung von Wirtschaft und die nächste Krise stehe bereits vor der Tür. Der Mann hat schon recht. Aber er und seinesgleichen sorgen für diese Krisen. Von Michael Schmid

Finanzkrisen entstehen nicht zufällig oder aufgrund von Fehlern im System. Das System an sich ist die Ursache. Das kapitalistische Prinzip, Kapital nur nach den Kriterien der kurzfristigen Renditenmaximierung anzulegen, hat dazu geführt, dass immer mehr Geld in spekulative Produkte investiert wird. Wichtigster Motor in diesem Spiel sind Anlagegesellschaften und die mit ihnen verbundenen Banken. Im produktiven Sektor sind Renditen, wie sie im Bereich der Finanzspekulation erreicht werden, nicht zu erwirtschaften. Auf jede Spekulationsphase folgen unweigerlich großflächige wirtschaftliche Zusammenbrüche. Die Kosten dafür trägt die Allgemeinheit.

Wenn der Chef der Erste Bank, Andreas Treichl, nun der heimischen Politik wirtschaftliche Unbedarftheit vorwirft, so hat er zwar recht, aber er lebt ganz gut von deren ökonomischem Nichtwissen. Seine gut 2,7 Millionen Euro Jahreseinkommen bezieht er als Arbeitnehmer vollkommen risikolos. Sollte unter seiner Ägide die Bank an die Wand fahren, haftet Bankenboss Treichl weder mit seinem Vermögen, noch muss er etwas von seinem Gehalt zurückzahlen. Im Gegenteil die Erste Bank gilt als systemrelevant. Also wird im Falle einer Schieflage der Staat einspringen. Schon jetzt kann die Erste Bank mit staatlichen Geldern wirtschaften. Dafür muss sie zwar Zinsen zahlen, aber nicht soviel, dass sich die Kreditaufnahme bei der Republik nicht betriebswirtschaftlich rechnen würde. Konkret: Die Erste Bank wirtschaftet mit dem ausgeborgten Geld mehr herein, als sie dafür zahlen muss. Der österreichische Staat seinerseits hat sich das weiterverborgte Geld selbst ausleihen müssen und zahlt dafür auch Zinsen. Im Falle der Erste Bank geht die Rechnung auf. Österreich zahlt aufgrund seiner Bonität weniger Zinsen als die ausleihende Bank. Bei Volksbanken AG und Hypo-Alpe-Adria hingegen ist die Bankenrettung ein reines Verlustgeschäft für den Staat. Die beiden Institute hängen dermaßen in den Seilen, dass an eine Zinszahlung nicht zu denken ist.

Solange allerdings die Logik der Bankmanager die heimische Wirtschaftspolitik bestimmt, solange wird sich am System nichts ändern. Dann werden die Töchter der großen Institute auch weiterhin ihre Renditen mit Spekulation im großen Stil erwirtschaften. Und wie im Pyramidenspiel können sie davon ausgehen, dass sie nur Kasse machen. Denn wenn etwas schiefgeht, zahlt jedes Mal der Staat.

Es wäre hoch an der Zeit, das österreichische Bankwesen auf eine komplett neue Basis zu stellen und die Banken auf ihre ureigene Aufgabe zurückzuführen. Ein simples Bindungsglied zu sein zwischen denen, die vorübergehend etwas Kapital brauchen und denjenigen die vorübergehend etwas herborgten können. Doch dazu bräuchte es eindeutiges politisches Wollen und eine leichte Ahnung von ökonomischen Zusammenhängen.